

Länder

Offensive in der Wüste

Von Harry Tuttle | 14. März 2013

In Nordmali hat der französische Militäreinsatz „Operation Serval“ begonnen.

Die Fahne der Salafisten ist mittlerweile allen aufmerksamen FernsehzuschauerInnen bekannt. Sie ist schwarz mit einem weißen Kreis in der Mitte und trägt den arabischen Schriftzug: „Es gibt keinen Gott außer Gott, Muhammad ist der Prophet Gottes.“ Dies ist das allgemeine muslimische Glaubensbekenntnis, in der Tradition des islamistischen Theoretikers Sayyid Qutb sehen die Salafisten es jedoch als Verpflichtung, für einen „islamischen Staat“ und die Geltung der Sharia zu kämpfen. Mit der Nutzung einer allen Gläubigen gemeinsamen Aussage erheben sie überdies den Anspruch, als einzige den „wahren Islam“ zu vertreten.

In Nordmali hat der französische Militäreinsatz „Operation Serval“ begonnen.

Die Fahne der Salafisten ist mittlerweile allen aufmerksamen FernsehzuschauerInnen bekannt. Sie ist schwarz mit einem weißen Kreis in der Mitte und trägt den arabischen Schriftzug: „Es gibt keinen Gott außer Gott, Muhammad ist der Prophet Gottes.“ Dies ist das allgemeine muslimische Glaubensbekenntnis, in der Tradition des islamistischen Theoretikers Sayyid Qutb sehen die Salafisten es jedoch als Verpflichtung, für einen „islamischen Staat“ und die Geltung der Sharia zu kämpfen. Mit der Nutzung einer allen Gläubigen gemeinsamen Aussage erheben sie überdies den Anspruch, als einzige den „wahren Islam“ zu vertreten.

So eindeutig die Ziele der Salafisten sind, so unterschiedlich ist der geopolitische Kontext, in dem ihre Fahne weht. Im Westen wird immer wieder Sorge über den wachsenden Einfluss der Salafisten in Syrien geäußert, doch an der Kooperation von EU und USA mit den Golfmonarchien, die diese Gruppen unterstützen, hat sich nichts geändert.

In Mali hingegen kämpfen seit dem 11. Januar französische Truppen gegen die salafistischen Gruppen Ansar Dine (Kämpfer des Glaubens), Mujao (Bewegung für Einheit und Jihad in Westafrika) und Aqmi (al-Qaida im islamischen Maghreb), die seit April vorigen Jahres Nordmali besetzen.

Bei Redaktionsschluss hatten die französischen Soldaten Gao erreicht. Da die Jihadisten vor der überlegenen Feuerkraft zurückweichen, dürften sie auch Timbuktu und Kidal, die beiden anderen bedeutenden Städte Nordmalis, aufgeben. Sie bereiten sich auf einen Guerillakrieg vor.

Der Weltpolizist

Der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich kann zwar unterstellt werden, nicht aus humanitären Motiven zu intervenieren, die Kontrolle von Rohstoffquellen als Motiv auszumachen, greift jedoch zu kurz. Denn diese sind in Nordmali rar, Öl etwa wird im Taoudeni-Becken zwar vermutet, gäbe es bekannte lukrative Lagerstätten, hätte die Erschließung aber gewiss schon begonnen. Die nun häufig angeführten Uranminen im benachbarten Niger lassen sich auch ohne eine kostspielige und riskante Militärintervention absichern, zudem

haben die Jihadisten bislang kein Interesse an diesen Anlagen gezeigt, deren Produkt sie nicht vermarkten könnten.

Vielmehr scheint Frankreich, gerade weil seine konservativen wie sozialdemokratischen Regierungen von allen westlichen Staatsführungen die engsten Beziehungen zu afrikanischen Diktatoren unterhielten, nun bemüht zu sein, Verbindungen zu den neuen Führungsschichten zu knüpfen. Das klassische neokoloniale System zerfiel nicht, weil die Verantwortlichen in Frankreich auf einmal ein schlechtes Gewissen bekommen hätten, sondern weil seine Grundlagen erodierte. Die Demokratisierung Afrikas begann bereits 20 Jahre vor den arabischen Revolten, von den traditionellen Klienten Frankreichs haben sich nur wenige halten können. Überdies widerspricht die staatlich gelenkte Korruption neokolonialer Geschäftstätigkeit dem Freihandelsregime, in dem jeder mitbieten kann.

Dass die chinesische Regierung über ihr Sprachrohr China Daily mitteilen ließ, die Entstehung eines „neuen Afghanistan“ in Nordmali müsse verhindert werden und das russische Außenministerium knapp „große Übereinstimmung“ mit Frankreich vermelden ließ, spricht ebenfalls gegen einen Kampf der Großmächte um Ressourcen. Frankreich agiert als „Weltpolizist“ im Interesse des globalen Kapitalismus, um in Nordmali die Voraussetzungen für eine geregelte Geschäftstätigkeit wiederherzustellen und eine Destabilisierung der Region zu verhindern.

Putschisten und Deserteure

Wie üblich wird dies als rein militärische Frage verstanden. Den Jihadismus als Reaktion auf die Verelendung zu betrachten, greift zwar zu kurz, da es die ideologische Zielrichtung nicht erklärt – die Salafisten geben nicht einmal vor, sich für Armutsbekämpfung zu interessieren. Den erwerbslosen jungen Männern der Region verschafft eine Waffe jedoch Macht und Einkommen. Das gilt allerdings auch für die malische Armee. Viele ihrer Soldaten liefen zu den besser zahlenden Jihadisten über. Den verbliebenen malischen Soldaten, die die französischen Truppen begleiten, wird von Menschenrechtsorganisationen die Ermordung von ZivilistInnen vorgeworfen.

Die französische Intervention wurde in Mali bislang überwiegend begrüßt, da kaum jemand der durch Desertationen geschwächten und nach einem Putsch im vorigen Jahr gespaltenen Armee des Landes einen Erfolg im fast einhellig für notwendig erachteten Kampf gegen die Jihadisten zutraut. Widerspruch kam vor allem vom linksnationalistischen Bündn

is „Volksbewegung des 22. März“, das die Putschisten, Offiziere der unteren Ränge, unterstützt und eine nationale Mobilisierung gegen die Jihadisten fordert.

Es ist daher wenig hilfreich, den Dialog mit den Jihadisten als Alternative zum Militäreinsatz zu empfehlen. Die Frage ist vielmehr, wie die emanzipatorischen Kräfte im Kampf gegen den Islamismus gestärkt werden können, der vom Westen zwar dort bekämpft wird, wo er geschäftsschädigend agiert, anderswo aber als zeitgemäße Form wirtschaftliberaler Elendsverwaltung unterstützt wird.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 14. März 2013
in der Kategorie: **Länder**, **RSB4**.

